

Antrag

der Fraktion der SPD

Die EU-Perspektive der südosteuropäischen Staaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien verstärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die südosteuropäischen Länder leiden nach wie vor unter den Folgen der Jugoslawienkriege und der wirtschaftlichen und politischen Transformationsprobleme. Nun werden sie durch die globale Finanzmarktkrise und deren realwirtschaftliche Folgen zusätzlich belastet. Die Regierungen in den südosteuropäischen Staaten stehen daher vor neuen schwierigen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen und sind in der weltweiten Rezession auf die finanzielle, wirtschaftliche und politische Hilfe der internationalen Gemeinschaft und der Europäischen Union angewiesen.

Der Nationalismus stellt zunehmend eine reale Bedrohung für die immer noch schwachen Demokratien dar. Die Perspektive der EU-Mitgliedschaft bleibt ein wichtiger Anreiz für die weitere Stabilisierung, Demokratisierung und Modernisierung. Damit kann auch die Gefahr einer Destabilisierung und Desintegration der zum Teil multinationalen Staaten der Region verringert werden. Während die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien sich in einem fortgeschrittenen Stadium befinden, stockt der Fahrplan Richtung EU für die anderen sechs Länder, obwohl sie kontinuierlich über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess auf den EU-Beitrittsprozess vorbereitet werden und es klare Fortschritte aus eigener Kraft gibt.

Es ist im europäischen Interesse, dass diese Länder mit knapp 20 Millionen Einwohnern, inzwischen eine Enklave in der EU, einen neuen und nachhaltigen Impuls für eine EU-Mitgliedschaft erhalten.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

- die Beschlüsse der Europäischen Räte der vergangenen Jahre bezüglich der Beschleunigung der Integration der südosteuropäischen Staaten, die gemäß der Thessaloniki-Agenda die Zukunft der südosteuropäischen Staaten in der Europäischen Union bekräftigt haben, und insbesondere die aktuelle Erweiterungsstrategie 2009 bis 2010 der Europäischen Kommission vom 14. Oktober 2009,
- die finanziellen Hilfen der EU in Höhe von 8 Mrd. Euro für den Aufbau von Institutionen, Demokratisierung, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen des IPA-Programms für den Zeitraum 2008 bis 2012 und
- die Bemühungen der südosteuropäischen Staaten, die abgeschlossenen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) zügig zu implementieren.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in Anbetracht der internationalen Finanz- und Weltwirtschaftskrise, die sich in den südosteuropäischen Länder besonders stark auswirkt, die politische und wirtschaftliche Stabilisierung der Region weiterhin mit hoher Priorität und nachhaltig voranzutreiben;
2. die Zusage des EU-Gipfels von Thessaloniki im Jahr 2003, dass alle Länder der Region die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft haben, ausdrücklich zu bekräftigen;
3. Anträge von Staaten Südosteuropas auf Vergabe des Kandidatenstatus oder zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Europäischen Rat in konstruktiver Weise und unter Würdigung der jeweiligen Reformschritte in den Antragsländern zeitnah zu entscheiden und nicht unnötig hinauszuschieben;
4. sich dafür einzusetzen, dass in Beitrittsverhandlungen weiterhin allein die Kopenhagener Kriterien und die institutionelle Aufnahmefähigkeit der EU als Voraussetzungen gelten und keine zusätzlichen Bedingungen aufgestellt werden;
5. sich im Rahmen der EU für die rasche und vollständige Visaliberalisierung mit allen Staaten Südosteuropas, in denen die Voraussetzungen dafür erfüllt wurden, einzusetzen.

Berlin, den 1. Dezember 2009

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion